

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 111
des Abgeordneten Steffen Kubitzki (AfD-Fraktion)
Drucksache 7/186

Errichtung eines Ersatzbrennstoff-Kraftwerkes am Standort Jänschwalde durch die LEAG

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Fragestellers: Im April 2019 hat der Energieversorger LEAG mitgeteilt, das am Standort Jänschwalde die Errichtung eines neuen Ersatzbrennstoff-Kraftwerkes - die Energie- und Verwertungsanlage (EVA) Jänschwalde - geprüft wird und derzeit die Unterlagen für das Genehmigungsverfahren vorbereitet werden. In der EVA Jänschwalde sollen aufbereitete, nicht-recyclebare Abfälle thermisch verwertet werden. (Quelle: EU-WID-Informationssdienst Recycling und Entsorgung, www.euwid-recycling)

1. Wurden bei der Landesregierung durch die LEAG Unterlagen für die EVA Jänschwalde eingereicht?

Zu Frage 1: Zuständige Behörde für Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz ist gem. § 1 Verordnung zur Regelung der Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Immissionsschutzes (Immissionsschutz-Zuständigkeitsverordnung - Im-SchZV) das Landesamt für Umwelt (LfU). Bei der Landesregierung wurden daher keine Unterlagen eingereicht.

Laut Auskunft des LfU wurde dort bisher kein Antrag auf immissionsschutzrechtliche Genehmigung für das Vorhaben gestellt. Auf Antrag des Vorhabenträgers wurde am 04.06.2019 ein Scopingtermin durchgeführt, an dem die beteiligten Fachbehörden und das Büro der anerkannten Naturschutzverbände teilnahmen. Am 29.07.2019 unterrichtete das LfU den Vorhabenträger über den Untersuchungsrahmen für die Umweltverträglichkeitsprüfung.

2. Ist der Landesregierung die Kapazität der geplanten Anlage bekannt?

Zu Frage 2: Nach Auskunft des LfU soll die Anlage für den Einsatz von max. 480.000 t/a Brennstoff ausgelegt werden. Die Feuerungswärmeleistung beträgt 200 MW, die elektrische Leistung zur Stromerzeugung beträgt 50 MW.

3. Ist der Landesregierung bekannt, welche Art von aufbereiteten, nicht -recyclebaren Abfällen dort thermisch verwertet werden sollen?

Zu Frage 3: In der geplanten Anlage sollen Ersatzbrennstoffe (EBS) sowie Klärschlamm thermisch verwertet werden

4. Die LEAG will nach eigenen Aussagen das Projekt mit einem Partner aus der Entsorgungswirtschaft realisieren. Ist der Landesregierung dieser Partner aus der Entsorgungswirtschaft bekannt?

Zu Frage 4: Über einen Partner bei der Verwirklichung des Projektes ist der Landesregierung nichts bekannt.

5. Ist der Landesregierung bekannt, auf welchem Verkehrsweg - Schiene oder Straße die Anlieferung des Abfalls erfolgen soll?

Zu Frage 5: Nach den bisher im LfU vorliegenden Informationen soll die Anlieferung sowohl über die Straße (max. 80 LKW/Tag) als auch über den Schienenweg erfolgen

6. Sind zur Anlieferung des Abfalls Investitionen in Straßen- oder Schienenprojekte geplant?

Zu Frage 6: Der Landesregierung liegen keine Informationen über geplante Investitionen in Straßen- und Schienenprojekte zur Anlieferung des Abfalls vor.

7. Beabsichtigt die Landesregierung, den Bau der EVA mit Fördermitteln zu unterstützen? Wenn ja, in welcher Höhe?

Zu Frage 7: Gemäß II. A. 3.1. d) des GRW-Koordinierungsrahmens ist die Energieversorgung von der Förderung im Rahmen des Bund-Länder-Programms Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) ausgeschlossen.

8. Beabsichtigt die Landesregierung, die möglicherweise notwendige Erweiterung der Infrastruktur mit Fördermitteln zu unterstützen? Wenn ja, in welcher Höhe?

Zu Frage 8: Dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie (MWAE) bzw. der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) liegen derzeit keine Anträge zur Förderung der Infrastruktur aus Mitteln zur Entwicklung der wirtschaftsnahen kommunalen Infrastruktur im Rahmen des Bund-Länder-Programms Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Infrastruktur“ (GRW-I) vor.

9. Sind der Landesregierung ähnliche Projekte von thermischen Aufbereitungsanlagen in den benachbarten Bundesländern Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und im Nachbarland Polen bekannt? (bitte Auflistung nach Standort und Kapazität)

Zu Frage 9: Nein, der Landesregierung sind ähnliche Projekte nicht bekannt.